

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

170/13

Beschluss	
Nr.	vom
wird von StSt OB-Büro ausgefüllt	

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 7, Abteilung 7.1

Bearbeitet von:
Wössner, Karl-
Heinz

Tel. Nr.:
82-2589

Datum:
12.09.2013

-
1. **Betreff:** Finanzberichte 2013
- Bericht über die Haushaltsentwicklung 2013

Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Öffentlichkeitsstatus
1. Gemeinderat	14.10.2013	öffentlich

Beschlussantrag (Vorschlag der Verwaltung):

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Bericht über die Haushaltsentwicklung 2013.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

170/13

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 7, Abteilung 7.1

Bearbeitet von:
Wössner, Karl-
Heinz

Tel. Nr.:
82-2589

Datum:
12.09.2013

Betreff: Finanzberichte 2013
- Bericht über die Haushaltsentwicklung 2013

Sachverhalt/Begründung:

1. Grundlagen

Der aktuelle Nachtragshaushalt (NT) 2013 wurde am 13.05.2013 vom Gemeinderat beschlossen und mit Schreiben des Regierungspräsidiums vom 08.07.2013 als gesetzmäßig bestätigt. Grundlagen für den NT 2013 waren der Haushaltserlass 2013, die Ergebnisse der Steuerschätzung vom Oktober 2012 sowie das vorläufige Rechnungsergebnis von 2012.

Der NT 2013 geht von einem freien Finanzierungsmittelbestand zum Ende des Jahres von 21,2 Mio. EUR bei einem ordentlichen Ergebnis von 10,2 Mio. EUR aus.

Mit diesem Bericht wird eine aktuelle Hochrechnung von Ergebnis- und Finanzhaushalt 2013 im Vergleich zum Plan vorgelegt und insbesondere die Auswirkungen auf den freien Finanzierungsmittelbestand dargestellt. Als Grundlagen werden die Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2013, der Haushaltserlass 2014 und die tatsächlichen Entwicklungen im konsumtiven und investiven Haushalt bis Ende August 2013 einschließlich der Budgetprognosen der Fachbereiche zum 30.6.2013 herangezogen.

2. Überblick

Für das **Haushaltsjahr 2013** wird derzeit eine **Verschlechterung der finanziellen Lage um insgesamt rd. 2,7 Mio. € erwartet**, die sich u.a. durch eine rückläufige Gewerbesteuerentwicklung um 4 Mio. € im Vergleich zum Haushaltsansatz bzw. sogar um fast 10 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr ergibt. Im Einzelnen werden folgende Veränderungen prognostiziert:

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

170/13

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 7, Abteilung 7.1

Bearbeitet von:
Wössner, Karl-
Heinz

Tel. Nr.:
82-2589

Datum:
12.09.2013

Betreff: Finanzberichte 2013
- Bericht über die Haushaltsentwicklung 2013

Finanzwirksame Veränderungen 2013		Verbesserungen (+) Verschlechterungen (-) im Vergleich zum Nachtrags-HH 2013	
		Mio. €	
	Gewerbesteuer brutto 51 Mio. € (Planansatz 55 Mio. € / Ergebnis 2012= 60,6 Mio. €)	-	4,0
	Gewerbesteuerumlage	+	0,7
	Erhöhung EK-Beteiligung	+	1,1
	Grundsteuer	+	0,2
	Vergnügungssteuer - Anhebung Steuersatz	+	0,2
	Erhöhung Straßenentwässerungsanteil	-	0,1
	Budgetüberschreitungen (finanziert durch Budgetvorträge)	-	1,3
1	Summe der finanzwirksame Veränderungen im Ergebnishaushalt	-	-3,2
	Investitionen: Derzeit bestehen überschaubare Risiken für überplanmäßige Ausgaben zwischen 100 und 350 TEUR - ob sich diese als tatsächliche zusätzliche Belastungen realisieren werden ist derzeit aber nicht absehbar.	+/-	
	Hochbauprojekte Konjunkturprogramm üpl (GR 54/13)	-	0,2
	Hochbauprojekte 2010/11 üpl (GR 58/13)	-	0,2
	Ausbau DG Anna-von-Heimburg-Haus apl (GR 122/13)	-	0,1
	Saldo Grundstückserwerb / Grundstücksveräußerungen	+	1,0
2	Summe der Veränderungen im Finanzhaushalt	+	0,5
3	Finanzwirksame Verschlechterung insgesamt	-	-2,7
4	bisher geplanter freier Finanzierungsmittelbestand am 31.12.2013		21,2
5	Freier Finanzierungsmittelbestand am 31.12.2013 neu		18,5

3. Entwicklung des Ergebnishaushaltes 2013 – (s. auch Anlage)

Der Nachtragshaushalt 2013 ist auf der Grundlage des Haushaltserlasses 2013 des Landes, der wiederum auf der Steuerschätzung Oktober 2012 basiert, erstellt worden. Die Steuerschätzung vom Mai 2013 konnte nicht mehr berücksichtigt werden. Für das Jahr 2013 erwartet die Bundesregierung einen niedrigen Anstieg

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

170/13

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 7, Abteilung 7.1

Bearbeitet von:
Wössner, Karl-
Heinz

Tel. Nr.:
82-2589

Datum:
12.09.2013

Betreff: Finanzberichte 2013
- Bericht über die Haushaltsentwicklung 2013

des Bruttoinlandsprodukts von real 0,5 % (nominal 2,2 %). Dabei wird davon ausgegangen, dass im 1. Quartal 2013 eine wirtschaftliche Stabilisierung eingetreten ist. Für den weiteren Jahresverlauf wird mit einer Stärkung der wirtschaftlichen Auftriebskräfte gerechnet. Die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden sollen insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 % wachsen und damit etwas stärker als die gesamten Steuereinnahmen mit 2,5 %. Die Ursache ist im größeren Anteil der einkommens- und gewinnabhängigen Steuern zu sehen. Das Ausmaß der Abweichung von der vorangegangenen Steuerschätzung vom Oktober 2012 ist jedoch für die Kommunen sehr gering.

3.1 Gewerbesteuer

Der Ansatz von 55 Mio. € wurde vor dem Hintergrund des Ergebnisses von 2012 mit 60,6 Mio. € brutto (nach Abzug von 1 Mio. Abschreibungen wegen Niederschlagungen usw.) gewählt. Die tatsächliche Entwicklung im lfd. HH-Jahr verläuft allerdings schleppend. Stand Ende August liegen die Gewerbesteuereinnahmen deutlich unter den Vorjahreswerten. Es ist deshalb sehr zweifelhaft, ob der Ansatz von 55 Mio. EUR noch erreicht werden kann, wahrscheinlicher ist der **Prognosewert von 51 Mio. €**, was netto wegen der geringeren Gewerbesteuerumlage einen Rückgang um 3,3 Mio. € bedeutet.

3.2 Weitere Steuereinnahmen

Der bisherige Ansatz für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer im NT 2013 von 22,1 Mio. € liegt bereits rd. 3,5 % über dem Vorjahreswert. Nach dem bisherigen Mittelzufluss im 1. Halbjahr 2012 wird der Planansatz voraussichtlich um rd. 1,1 Mio. € überschritten. Hierin spiegelt sich auch die gute Verfassung des Arbeitsmarktes mit einem historischen Höchststand an Beschäftigungsverhältnissen wieder.

Im Finanzausgleich und bei den übrigen Steuerbeteiligungen ergeben sich ansonsten gegenüber den bisherigen Orientierungswerten im Haushaltserlass 2013 keine Änderungen.

Wie schon 2012 macht sich bei der Grundsteuer eine verstärkte Nachfrage nach Immobilien und Bautätigkeit bemerkbar und damit auch eine tendenziell steigende Grundsteuer. Für 2013 werden rd. 250 T€ mehr erwartet als geplant. Die Erhöhung des Steuersatzes für Geldspielautomaten von 16 auf 20 % des Einspielergebnisses ab 1.7.2013 führt zu erwarteten Mehreinnahmen bei der Vergnügungssteuer von rd. 150 T€

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

170/13

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 7, Abteilung 7.1

Bearbeitet von:
Wössner, Karl-
Heinz

Tel. Nr.:
82-2589

Datum:
12.09.2013

Betreff: Finanzberichte 2013
- Bericht über die Haushaltsentwicklung 2013

3.3. Entwicklung der Budgets und weitere Aufwendungen

In den Budgets der Fachbereiche sind auf Grund der zum 30.6.2013 vorgenommenen Hochrechnungen saldiert **Mehraufwendungen** in der Größenordnung von **1,3 Mio. €** zu erwarten. Die gesamte Budgetüberschreitung kann jedoch mit den positiven Budgetvorträgen aus den Vorjahren von 2,6 Mio. € gedeckt werden. Höhere Aufwendungen als geplant sind insbesondere zu erwarten für die Ganztagesbetreuung an Schulen, für das Freiwillige Soziale Jahr, für zusätzliche Maßnahmen der Gebäudeunterhaltung (einschl. Reinigung und Abwasserbeseitigung), für Straßen- und (nachgeholte) Brückenunterhaltung, für die Projekte der Stadtplanung sowie für Lehr- und Lernmaterial an Schulen.

3.4 Fazit Ergebnishaushalt

Nach Berücksichtigung aller Veränderungen der Hochrechnung verbleibt eine **Verschlechterung des ordentlichen Ergebnisses um 3,2 Mio. € auf 7,1 Mio. €**. Das veranschlagte Sonderergebnis aus der Veräußerung von Grundstücken des Baugebietes Seitenpfaden von voraussichtlich 1,5 Mio. € wird planmäßig erreicht (Erlöse übersteigen die Buchwerte um diesen Betrag). Das Gesamtergebnis beträgt dann 8,6 Mio. €. Damit kann auch im 5. Jahr nach Einführung des NKHR entsprechend den Vorgaben des neuen Rechts ein Ausgleich des Haushaltes erreicht und das Basiskapital der Stadt weiter gestärkt werden.

4. Die Entwicklung des Finanzhaushaltes 2013 – (s. auch Anlage)

Die Verschlechterung im Ergebnishaushalt schlägt sich auch im Finanzhaushalt nieder, da alle Veränderungen auch zahlungswirksam sind. Hinzu kommen Veränderung im investiven Bereich.

4.1 Investitionen

Bereits beschlossen wurden Ansatzserhöhungen bei folgenden Maßnahmen

- Hochbauprojekte Konjunkturprogramm II (GR-Vorlage 054/13) + 192 T€
- Hochbauprojekte 2010/2011 (GR-Vorlage 054/13) + 225 T€
- Ausbau DG Anna-von-Heimburg-Haus (GR-Vorlage 122/13) + 145 T€

Darüber hinaus bestehen im Bereich der Investitionen aus heutiger Sicht überschaubare Kostenrisiken in einer Größenordnung von 100 bis 350 T€. Ob sich diese allerdings tatsächlich realisieren oder aber durch Verbesserungen an anderer Stelle aufgefangen werden können ist derzeit nicht abschließend prognostizierbar.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

170/13

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 7, Abteilung 7.1

Bearbeitet von:
Wössner, Karl-
Heinz

Tel. Nr.:
82-2589

Datum:
12.09.2013

Betreff: Finanzberichte 2013
- Bericht über die Haushaltsentwicklung 2013

Planergänzungen bzw. weitere Konkretisierungen wie z.B. für den Bau des neuen Feuerwehrhauses Nord in Bühl oder die Sanierung der Sporthalle Rammersweier werden im Rahmen der zu fassenden Baubeschlüsse dargestellt und ggf. im nächsten Doppelhaushalt 2014/15 finanziert.

Im Bereich des Grundstücksverkehrs (An- und Verkauf von Liegenschaften) werden im lfd. HH-Jahr voraussichtlich rd. 0,6 Mio. € mehr Veräußerungserlöse erzielt (1,3 Mio. EUR bei einem Ansatz von 0,7 Mio. EUR) und rd. 0,4 Mio. € weniger für Grundstücksankäufe benötigt (0,3 Mio. EUR statt Planansatz 0,7 Mio. EUR), d.h. insgesamt ergibt sich hieraus eine Verbesserung um rd. 1,0 Mio. €. Die Mehreinnahmen sind im Wesentlichen auf Grundstücksverkäufe in Albersbösch für die neue Montessorischule- und den Kindergarten sowie den Neubau einer Pflegeeinrichtung entstanden.

4.2 Entschuldung und verbleibende Finanzierungsmittel

Mit Tilgungen in Höhe von 4,5 Mio. € wird das Entschuldungskonzept 2013 planmäßig fortgesetzt.

Insgesamt führen die finanzwirksamen Veränderungen im Vergleich zu den Planansätzen 2012 zu einer **Verminderung des freien Finanzierungsmittelbestandes um 2,7 Mio. € auf rd. 18,5 Mio. €**

5. Ausblick auf die mittelfristige Planung bis 2017

Durch den aktuell erwarteten Rückgang der Gewerbesteuer in 2013 um 4 Mio. € ergeben sich in den Folgejahren die geringere FAG-Ausgaben, so dass sich hieraus für den Zeitraum bis einschl. 2017 ein Nettorückgang von rd. 1,1 Mio. € errechnet.

Die aktuelle Konjunkturprognose der Bundesregierung geht für das Jahr 2014 von einer Steigerung des BIP um real 1,6 % aus. Für die restlichen Jahre des mittelfristigen Finanzplanungszeitraums 2015 – 2017 werden Wachstumsraten von jeweils 1,4 % real angenommen. Die nominale BIP-Entwicklung, die für die Steuerschätzungen größere Bedeutung hat als die reale BIP-Entwicklung, geht von einem Wachstum von 2,2 % in 2013, 3,3 % in 2014 und 3,0 % in den Folgejahren aus. Auf dieser Basis prognostiziert die Steuerschätzung vom Mai 2013 für die Jahre 2014 bis 2017 Steigerungen der Steuereinnahmen von 4,0 % abnehmend auf 3,0 %.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

170/13

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 7, Abteilung 7.1

Bearbeitet von:
Wössner, Karl-
Heinz

Tel. Nr.:
82-2589

Datum:
12.09.2013

Betreff: Finanzberichte 2013
- Bericht über die Haushaltsentwicklung 2013

Wie schon erwähnt sind die Unterschiede für die Kommunen zur vorhergehenden Steuerschätzung vom Oktober 2012 jedoch sehr gering. Aus dem HH-Erlass 2014 ergibt sich bezogen auf das Land Baden-Württemberg ein positiveres Bild. Hier wurden die Kopfbeträge pro Einwohner für die Jahre ab 2014 nochmals angehoben, was zu höheren Schlüsselzuweisungen führt. Gegenläufig wirken sich die Ergebnisse des Zensus aus, die 2014 zu 50 %, 2015 zu 75 % und ab 2016 zu 100 % zu berücksichtigen sind. Isoliert betrachtet führt der im Vergleich zum Landesdurchschnitt um 1 % stärkere Rückgang der Einwohnerzahlen von Offenburg zu einer Verminderung der Schlüsselzuweisungen um rd. 0,5 Mio. € pro Jahr. Diese Entwicklung kann - so hoffen wir - jedoch durch die Steigerung der Kopfbeträge kompensiert werden. Auch die Beteiligung an der Einkommensteuer ist im neuen HH-Erlass ab 2015 angehoben worden. Inwiefern diese mittelfristige Prognose Bestand haben wird hängt auch von der Beherrschbarkeit der Risiken im Euro-Raum und deren Auswirkungen auf die Realwirtschaft ab. Nachhaltig zur Verfügung stehen dürften die Erhöhungen bei der Grundsteuer und der Vergnügungssteuer von jährlich zusammen rd. 0,5 Mio. €.